TOP 3.7.1 Deutsch-österreichische Strom-Preiszone

1. Beschreibung der Problematik

Weil es an der deutsch-österreichischen Grenze keinen netztechnischen Engpass gibt, bilden Deutschland und Österreich ein gemeinsames Strom-Marktgebiet und somit eine einheitliche Strom-Preiszone. Aufgrund der geförderten bzw günstigen Strom-Erzeugungstechnologien (va Wind, Braunkohle) in Deutschland, stiegen die österreichischen Strom-Importe aus Deutschland in den vergangenen Jahren massiv an.

Aufgrund fehlender innerdeutscher Nord-Süd-Leitungskapazitäten (va Bereich Main-Linie) kommt es bei der Versorgung der südlichen Verbrauchszentren – Baden-Württemberg, Bayern aber auch Österreich – zu einem physikalischen Stromfluss über Polen und Tschechien nach Österreich und in die südlichen deutschen Bundesländer.

Auf Antrag der polnischen Regulierungsbehörde hat die europäische Agentur der Energie-Regulierungsbehörden (ACER) die Netzsituation untersucht. ACER veröffentlichte Ende September eine unverbindliche Empfehlung, wonach die handelbare Strommenge zwischen Österreich und Deutschland beschränkt werden soll, um das polnische Übertragungsnetz zu entlasten. Obwohl die ACER-Empfehlung der Zielsetzung eines integrierten Strommarktes klar widerspricht, blieb der österreichische Regulator (E-Control/Boltz) mit seiner Gegenstimme im Kreis der europäischen Regulatoren alleine.

2. Auswirkungen

Wird der Stromhandel zwischen Österreich und Deutschland beschränkt, müsste das gemeinsame Marktgebiet bzw die Preiszone getrennt werden und die Grenzübertritts-Kapazitäten vom österreichischen Übertragungsnetzbetreiber (APG) versteigert werden. Die Folgen können derzeit nur schwer abgeschätzt werden:

- Analysen von Consulting-Unternehmen und APG rechnen für Österreich mit höheren Großhandelsstrompreisen. Das Ausmaß des Preisanstieges wird zwischen 100 Mio und 300 Mio Euro pro Jahr geschätzt - abhängig vom Ausmaß der Handelsbeschränkung.
- Engpässe bei der Inlandsstromerzeugung sind nicht zu befürchten, weil grundsätzlich ausreichend (aber teurere) Kraftwerke zur Verfügung stehen.
- Die Kosten für die Netzstabilisierung (va "Re-Dispatch") würden voraussichtlich sinken.
- Durch die Versteigerung der Grenzübertritts-Kapazitäten kommt es de facto zu einer Bepreisung der Transportkosten von Deutschland nach Österreich, die von den Stromhändlern zu bezahlen sind. Die Erlöse fließen an die APG und dürfen für den Netzausbau bzw zum Teil netztarifmindernd eingesetzt werden.
- Eine Preiszonenteilung ist mit hohen Unsicherheiten verbunden (Preisprognose, Kapazitätsentwicklung etc), die sich auch negativ auf Investitionen auswirken könnten.

Wie sich eine Preiszonenteilung bzw die mögliche Kostenbelastung auf die verschiedenen Strom-Verbrauchergruppen verteilt, kann derzeit nicht seriös abgeschätzt werden.

3. Stand der Verhandlungen

Das weitere Verfahren sieht vor, dass die betroffenen nationalen Regulierungsbehörden – also die Bundesnetzagentur und die E-Control – einen Umsetzungsvorschlag für die Empfehlung bis Ende Jänner erarbeiten müssen. Grundsätzlich bietet die ACER-Empfehlung Interpretationsspielraum, welche Lösungen zur Stabilisierung des Netzes möglich sind. Die Bundesnetzagentur drängt auf eine

Teilung der Preiszone, um das heikle Thema – Auslöser des Problems ist der innerdeutsche Engpass – möglichst rasch vom Tisch zu bekommen. Die österreichische E-Control will eine Lösung, indem einerseits Kraftwerke zur Netzstabilisierung eingesetzt werden (Re-Dispatch), andererseits der Netzausbau bzw die Erneuerung forciert wird.

Können sich die betroffenen Regulierungsbehörden auf keine einvernehmliche Lösung einigen, leitet ACER den Fall an die EU-Kommission weiter. Die EU-Kommission könnte in der Folge ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

4. Position/Forderung der AK

Die AK lehnt eine Teilung der Deutsch-Österreichischen Preiszone aus folgenden Gründen ab:

- Eine Beschränkung des deutsch-österreichischen Stromhandels würde höhere Strom-Großhandelspreise und damit auch höhere EndverbraucherInnenpreise bedeuten. Die Haushalte würden voraussichtlich besonders belastet, weil Preissteigerungen auf Großhandelsebene in der Regel besonders schnell und zum Teil überschießend an private Haushalte weitergegeben werden. Gleichzeitig wären höhere Strom-Großhandelspreise ein Standort-Nachteil für die energieintensive Industrie, die direkt am Strom-Großhandelsmarkt teilnimmt.
- Gerade im Energiebereich hat die EU-Kommission den verstärkten grenzüberschreitenden Handel und die weitere Marktintegration zum zentralen Ziel erklärt. Deutschland-Österreich ist derzeit die einzige offene, "engpassfreie" Stromgrenze in Europa.
- Gleichzeitig führt eine Beschränkung der Grenzkapazitäten dazu, dass vorhandene Kraftwerkskapazitäten nicht mehr so effizient wie bisher eingesetzt werden können.